Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto Leipzig, Lehm & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst vierteljährlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 231. | Dresden, Donnerstag den 3. Oktober 1918. | 29. Jahrg.

Die Mehrheitsregierung gesichert.

Prinz Max von Baden Reichskanzler. — Die Verteilung der Aemter. — Bayer bleibt. Scheidemann Staatssekretär ohne Portefeuille.

Nach den neuesten Meldungen steht die Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler unmittelbar bevor. Wilhelm II. ist mit Hindenburg in Berlin erschienen und es hat eine Konferenz stattgefunden, in der Prinz Max von Baden sich mit dem Kaiser und Hindenburg besprochen hat. Auch die Sozialdemokratische Fraktion ist mit der Ernennung des Prinzen Max von Baden einverstanden. Die neuzubildende Regierung soll eine reine Mehrheitsregierung sein. Es sollen jedoch mehrere der bisherigen Staatssekretäre im Amt bleiben. Man kann Bedenken dagegen äußern, daß der erste Leiter eines wirklich parlamentarischen Ministeriums ein Nichtparlamentarier und noch dazu ein Prinz aus einer regierenden Familie sein soll. Aber schließlich kommt es auch beim parlamentarischen Regierungssystem nicht darauf an, daß die Regierungsmitglieder alle selbst Parlamentarier sind, sondern darauf, daß nach dem Willen der Parlamentsmehrheit regiert wird. Und der Prinz Max von Baden, der sich ja bereits wiederholt in öffentlichen Reden zum Standpunkt des Verständigungsfriedens bekannt hat, scheint dafür die notwendigen Garantien gegeben zu haben, sonst hätte sich unsere Fraktion mit seiner Kanzlerschaft unter keinen Umständen einverstanden erklären können. Daß es so schwer war, in den Reihen der Parlamentarier eine geeignete Persönlichkeit für den Reichskanzlerposten zu finden, erklärt sich daraus, daß das parlamentarische System bei uns neu ist. In andern Ländern ist unter den führenden Politikern immer eine große Reihe von Männern vorhanden, die bereits Ministerposten bekleidet haben, und unter denen sich leicht für die höchsten Staatsämter geeignete Männer finden, die auch zur Uebernahme dieser Posten bereit sind.

Auf der Rechten ist man außer sich darüber, daß die Konservativen von der Kabinettsbildung vollkommen ausgeschlossen sein sollen. Die Konservativen haben sich bisher als die Herren Preußen-Deutschlands gefühlt und man kann es begreifen, wie schmerzlich es ihnen ist, daß sie nun draußen stehen sollen. Sie fühlen wohl, daß die Neuordnung ein endgültiges Ende ihrer Herrschaft bedeutet. Die deutschkonservative Fraktion hat einen Beschluß gefaßt, in dem sie erklärt, daß sie auch „unter Opfern der Ueberzeugung" bereit sei, sich an der Regierung zu beteiligen. In der Presse der Rechten werden der Mehrheit die bittersten Vorwürfe gemacht, weil sie keine Koalitionsregierung, die auch die Konservativen mit umfaßt, zulassen will. Es wird den Mehrheitsparteien rücksichtslose Herrschsucht vorgeworfen, als ob es gerade jetzt, wo Deutschlands Lage so gefahrvoll ist, ein Vergnügen wäre, die Regierung zu übernehmen.

Die rechtsstehenden Blätter kommen mit der törichten Redensart, daß eine Mehrheitsregierung nicht die „restlose Zusammenfassung aller Volkskräfte" bedeute, die unter den gegenwärtigen Umständen dringend notwendig wäre. Dabei gehört wirklich nicht viel dazu, um einzusehen, daß eine solche Koalitionsregierung überhaupt keine Kraft hätte, weil sie zum Handlungsfähig wäre. Die Meinungsverschiedenheiten der Parteien beziehen sich doch nicht auf irgendwelche Nebenfragen, die jetzt zurückgestellt werden können, sondern gerade auf die Frage, welche Politik eingeschlagen werden muß, um das deutsche Volk aus diesem furchtbaren Kriege herauszubringen. Die Mehrheitsparteien meinen, daß dazu eine Demokratisierung Deutschlands notwendig ist, die Konservativen wollen an dem alten System festhalten. Die Mehrheitsparteien glauben, daß nur bei Aufgabe aller Eroberungsziele durch Deutschland ein Friede erreicht werden kann, die Konservativen hatten wenigstens noch bis vor kurzem in bezug auf Belgien große Rosinen im Kopf und waren durchaus nicht willens, die vermeintlichen Errungenschaften im Osten wieder aufzugeben. Ein Koalitionsministerium würde bedeuten, daß man an einem in Dreck geratenen Karren an beiden Seiten Pferde anspannt, die ihn nach verschiedenen Richtungen hin herausziehen wollen. Nichts ist klarer, als daß dieser Karren überhaupt nie aus dem Dreck herauskommen kann. Vielleicht steckt hinter dem Ruf der Konservativen nach einer Koalitionsregierung die edle Sehnsucht, daß sich eine solche aus auseinanderstrebenden Kräften zusammengesetzte Regierung als leistungsunfähig erweisen und damit der Beweis dafür erbracht werden würde, daß wir schleunigst zu den guten alten Zeiten der bureaukratisch-konservativen Regiererei zurückkehren müßten.

Die Teilnahme der Konservativen würde von vornherein die Wirkungsmöglichkeiten der neuen Regierung stark vermindern, und den ganzen Zweck, den die Neubildung haben soll, nahezu aufheben. Die großen Massen des deutschen Volkes würden es einfach nicht verstehen, wie sich Scheidemann und Ebert mit Westarp und Heydebrand in ein Ministerium setzen könnten, trotzdem noch vor kurzem über die wichtigsten Tagesfragen zwischen den Parteien so starke Gegensätze vorhanden waren. Das Vertrauen des deutschen Volkes zu der neuen Regierung wäre von vornherein sehr gering, und im Ausland würde man die Teilnahme der annexionistisch-gesinnten Konservativen zum bequemen Anlaß nehmen, um zu erklären, daß die ganze Parlamentarisierung nur ein Scheinmanöver sei, und daß die Sozialdemokraten, die sich an der Regierung beteiligen, sich zu einem plumpen Täuschungsversuch hergegeben hätten.

Auch die Nationalliberalen werden sich, wie gemeldet wird, an der Neubildung der Regierung nicht beteiligen. Ob diejenigen ihrer Parteiangehörigen, die sich bisher schon in leitenden Staatsstellen befunden haben, die Herren Krause, Friedberg und Schiffer, in ihrem Amt bleiben werden, steht noch nicht fest. Die Nationalliberalen, die früher eifrige Annexionisten waren, haben ja ihren Standpunkt sehr stark gemäßigt, aber immerhin besteht zwischen ihren Forderungen und dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Programm eine große Kluft, so daß die Aussichten auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht sehr groß wären.

In ungeheuer schwerer Zeit tritt in Deutschland das parlamentarische System ins Leben. Es wäre für die Parteien bequemer gewesen, wenn sie jetzt, nachdem Deutschland zum guten Teil durch die Schuld des früheren Regierungssystems in eine so schwere Lage geraten ist, erklärt hätten, daß es die Aufgaben der gleichen Kreise sei, die das Volk in den Krieg hineingeführt hätten, es wieder daraus herauszubringen. Aber wenn die Parteien aus Furcht vor der ungeheuren Verantwortung, die sie in dieser schicksalsschweren Stunde auf ihre Schultern laden, die Uebernahme der Regierung abgelehnt hätten, so hätten sie ihre Pflicht gegen das deutsche Volk schwer verletzt, dem nach den Erfahrungen der letzten Monate immer klarer werden mußte, daß es mit dem alten Regierungssystem nicht mehr geht, und daß Deutschland nur dann einer besseren Zukunft entgegengehen kann, wenn die Volksvertretung die Leitung seiner Geschicke fest in die Hand nimmt.

* * *

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 3. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und von Boehn:

In Flandern wurden feindliche Angriffe nördlich von Staden, nordwestlich und westlich von Roeselare abgewiesen. Wir machten hierbei etwa 200 Gefangene. Ebenso scheiterten am Abend Teilangriffe des Gegners beiderseits der Straße Ypern—Menin. Armentières und Lens wurden in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober kampflos geräumt. Wir bezogen rückwärtige Stellungen östlich dieser beiden Städte. Der Feind ist im Laufe des Tages teilweise nach starker Artillerievorbereitung auf verlassene Stellungen über die Linie Fleurbaix—La Bassée—Hulluch gefolgt. Vor Cambrai ruhiger Tag. Teilangriffe des Gegners aus der Scheldeniederung bei und südöstlich von Rumilly wurden abgewiesen. Stärkere Angriffe und Vorstöße gegen unsre neuen Linien nördlich und südlich von St. Quentin scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Südwestlich von Anizy-Le Chateau und nördlich von Filain schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab. Schleswig-holsteinsche Regimenter verteidigten ihre Stellungen auf dem Rücken des Chemin-des-Dames gegen starke feindliche Angriffe. Vorfeldkämpfe vor unsren neuen Linien nordwestlich von Reims. Der Feind stand hier am Abend in der Linie Chaudardre—Cormicy und dicht vor dem Aisne-Kanal.

In der Champagne setzte der Franzose mit starken Kräften seine Angriffe östlich der Suippes, gegen St. Marie-à-Py sowie zwischen Somme-Py und Monthois fort. Oertliche Einbruchsstellen südlich von Orfeuil wurden in Gegenstößen verkleinert. Auf der übrigen Front sind die Angriffe vor unsren Linien gescheitert. Auch beiderseits der Aisne und in den Argonnen blieben Teilangriffe des Feindes ohne Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

„Einstehe für Pflichterfüllung

bis zum Aeußersten!" Das hat einst ein deutscher Offizier dem Kaiser aus dem fernen Kiautschou gedrahtet, als schon der Tod an die Tore seiner Festung pochte.

Auch vor der Festung Deutschland steht der Tod. Acht Mal schon ist der Ausfall geglückt, der grinsende Schnitter zurückgetrieben. Jetzt wird zum neunten Male Sturm geblasen. Bis in die letzten Ecken und Winkel des Reichs dringt der Ruf zur neuen Offensive des Geldes, zum neuen Wettkampf der silbernen Kugeln, wie einer Feindesdünkel sich einst ausgedrückt hat.

Spannung hält die Welt gefangen. Wird die Geschichte einst den Enkeln wieder erzählen: „. . . und alle, alle kamen!?" Sie dürfen nichts anderes hören und werden nichts anderes hören, unsere Enkel, wenn jeder für uns einsteht für

Pflichterfüllung bis zum Aeußersten.

Darum zeichne!

Sozialdemokraten in die Friedensregierung

Einem Artikel von Friedrich Stampfer entnehmen wir folgendes:

Zwei Tatsachen stehen heute fest: Die neue Regierung des Deutschen Reiches wird die Aufgabe haben, Frieden zu schließen, und die Sozialdemokratie wird sich an ihr beteiligen. Die Beteiligung ist am Mittwoch von der Reichstagsfraktion nach Kenntnisnahme neuer Tatsachen von einschneidender Bedeutung, nach Erwägung aller ungeheuren Schwierigkeiten, nach reiflicher Beratung des Für und Wider mit erdrückender Mehrheit beschlossen worden.

Der Einfluß, den die Partei auf die neue Regierung und auf ihre Handlungen zufallen wird, darf nicht nach der Zahl der Aemter bemessen werden, die ihr in der neuen Regierung zugeteilt werden. Der Einfluß der Partei ist offensichtlich im Wachsen. Man darf aufrichtig sagen, daß die Umstände, die dieses Wachstum bewirken, höchst unerfreulicher Natur sind und daß es uns tausendmal lieber wäre, uns in der Opposition zu befinden unter Umständen, die für unser Volk günstiger sind, als in diesen dunklen Tagen die Regierungsgewalt mit andern teilen zu müssen.

In der neuen Regierung wird die erste Aufgabe der Partei die sein, alle Hindernisse für einen raschen Friedensschluß zu beseitigen, deren Beseitigung für das deutsche Volk kein Schaden, sondern ein Nutzen ist. Diese Hindernisse sind: Alle Einrichtungen, die mit dem demokratischen Grundcharakter eines Staatswesens unvereinbar sind, alle Schwierigkeiten, die der Gründung eines Völkerbunds, der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung in den Weg gelegt werden, schließlich jede Versteifung auf die Idee, Deutschland müsse aus diesem Kriege mit irgendwelchen offenen oder versteckten Annexionen, sei es auch nur im Osten, hervorgehen.

Solange die Friedensverhandlungen noch nicht begonnen haben und die Feindseligkeiten noch fortdauern, muß sich die Verteidigungskraft des deutschen Volkes bis zum denkbar höchsten Grade entfalten. Der Uebergang vom Kriegs- in den Friedenszustand ist auch militärisch ein psychologisch gefährlicher Augenblick. Wehe dem Volke, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt!

Die Entfaltung der nationalen Verteidigungskraft erfordert aber auch die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern. Ein Volk, das am Ende eines langen Krieges die Geduld verliert und die Aufrechterhaltung der inneren Verwaltung lähmt oder unterwindet, gleicht einem Kranken, der im Fieberwahnsinn seine Verbände abreißt und aus dem Bett springt. Das mag ihm für den Augenblick seelische Entlastung von einer schwer zu ertragenden Spannung bringen, er wird das aber mit den furchtbarsten Schmerzen und zum Schluß mit dem Tode zu bezahlen haben.

Wir dürfen uns nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern nur von der klaren Erkenntnis dessen, was unserm schwergeprüften Volke not tut. Not tut ihm die Demokratie, und die werden wir haben, not tut ihm ein mit seiner Zukunft erträglicher rascher Friede, und wir müssen, jeder an seinem Platz, alles tun, um ihn zu erhalten. Not tut ihm die Vermeidung alles dessen, was nur zu altem Unglück neues Unglück fügt. In diesem Sinne müssen sich heute die deutschen Arbeiter entschlossen und geschlossen hinter die Partei stellen und hinter die Genossen, die in ihrem Auftrag in die Regierung eintreten, um das schwere Werk zu Ende zu bringen.

*

Wilhelm II. und Hindenburg in Berlin.

wtb. Berlin, 2. Oktober. Der Kaiser und Generalfeldmarschall v. Hindenburg sind heute nachmittag zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Heute nachmittag 6 Uhr fand im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitz des Kaisers eine Beratung statt, an der Reichskanzler Graf Hertling, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Prinz Max von Baden, Vizekanzler v. Payer, Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Chef des Geh. Zivilkabinetts v. Berg und mehrere Staatssekretäre teilnahmen.

* * *

Die neue Regierung.

Soweit die Umrisse der neuen Regierung schon erkennbar sind, stellen sie sich, wie der Vorwärts mitteilt, folgendermaßen dar:

Reichskanzlei:

Reichskanzler: Prinz Max von Baden.
Vizekanzler: v. Payer.
Staatssekretäre ohne Portefeuille: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter.
Ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: Ein Sozialdemokrat.